NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung 2. **des Ortsbeirats Oberwinter** der Stadt Remagen vom 24.07.2014

Einladung: Schreiben vom 10.07.2014

Tagungsort: Sitzungssaal des Alten Rathauses, Oberwinter

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herbert Georgi

Ortsvorsteher

Norbert Matthias

Beigeordneter

Rainer Doemen

Schriftführer/in

Peter Günther

Ortsbeiratsmitglieder

Dr. Markus Behnke

Regina Dreistadt (ab TOP3a)

Frank Gilles

Jens Huhn

Carsten Koll

Angela Linden-Berresheim

Iris Loosen

Dr. Ulrich Meyer-Doerpinghaus

Thomas Nuhn

Christa Reinartz-Uhrmacher

Joachim Titz

Jürgen Walbröl

Als Gäste sind anwesend:

Stadtratsmitglied Hans Metternich, Hans Joachim-Bergmann (ab TOP4)

8 Bürgerinnen und Bürger

Der Vorsitzende begrüßt die Sitzungsteilnehmer und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Behandelte Tagesordnungspunkte:

- 1 Verpflichtung von Ortsbeiratsmitgliedern
- Niederschrift der 1. öffentlichen Sitzung vom 09.07.2014
- 3 Verkehrsangelegenheiten
 - a) Am Bergquell: Antrag zur Einrichtung einer Spielstraße
 - b Am Bergquell: Bürgerantrag zur Öffnung einer Einfriedung, Einziehung eines Parkplatzes
 - c) Antrag auf zeitliche Verlängerung der Parkraumbewirtschaftung in der Hauptstraße, Bereich Marktplatz
- 4 Vorschläge für den Haushaltsplanentwurf 2015
- 5 Rückbau der öffentlichen Telefonstelle "Bonner Straße"
- 6 Mitteilungen und Anfragen

2. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zu Punkt 1 - Verpflichtung von Ortsbeiratsmitgliedern -

Protokoll: Der Vorsitzende übergibt zu diesem Punkt an den Beigeordneten Rainer Doemen. Dieser verpflichtet sodann Herrn Jens Huhn als neues Mitglied im Ortsbeirat. Er verweist ihn dabei insbesondere auf die Treue- und Schweigepflicht und händigt Jens Huhn die aktuelle Ausgabe des Kommunalbreviers aus.

Zu Punkt 2 – Niederschrift der 1. öffentlichen Sitzung vom 09.07.2014 –

Protokoll: Zu diesem Punkt übernimmt Ortsvorsteher Norbert Matthias wieder den Vorsitz. Die Niederschrift wird mit einer Enthaltung ohne Einwände angenommen.

Beschluss:

zur Kenntnis genommen Enthaltung 1

Zu Punkt 3

- Verkehrsangelegenheiten
- a) Am Bergquell: Antrag zur Einrichtung einer Spielstraße
- b Am Bergquell: Bürgerantrag zur Öffnung einer Einfriedung,

Einziehung eines Parkplatzes

c) Antrag auf zeitliche Verlängerung der Parkraumbewirtschaf-

tung in der Hauptstraße, Bereich Marktplatz -

Protokoll:

Christa Reinartz-Uhrmacher rückt zu den Punkten 3a und 3b wegen Sonderinteresse vom Tisch ab und nimmt weder an der folgenden Beratung noch der Beschlussfassung teil.

TOP 3a: Am Bergquell: Antrag zur Einrichtung einer Spielstraße

Einleitend nimmt der Vorsitzende Bezug auf den vor der Sitzung durchgeführten Ortstermin und gibt einen kurzen Überblick über das Geschehen.

Die Verkehrssituation in der Straße Am Bergquell verlief die letzten Jahre gänzlich ohne Probleme. Erst auf Grund aktueller Auseinandersetzungen bezüglich des Parkverhaltens formulierte die Verwaltung den Antrag, die Straße künftig als einen verkehrsberuhigten Bereich ("Spielstraße") auszuweisen. Die rechtlichen Kriterien hierfür seien sämtlich erfüllt, zumal durch den Ausbau ohne eigenen Gehweg die Fußgänger gezwungen werden, ungeschützt die Fahrbahn zu benutzen. Das Parken wäre im Fall einer Anordnung als verkehrsberuhigter Bereich nur noch innerhalb der entsprechend gekennzeichneten Bereiche möglich.

Diverse Gespräche mit den Anliegern ergaben, dass diese mit der bestehenden Situation zufrieden sind und einen verkehrsberuhigten Bereich nicht befürworten.

Aus der Sicht des Ortsvorstehers ergeben sich zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante einer verkehrsberuhigten Zone zwei Alternativen:

Gegenüber der Einmündung des Parkplatzes wird auf der Bergseite in Richtung Norden bis zum Ausbauende der Fahrbahn eine Zick-Zack-Linie aufgemalt. Damit sollen Wendemöglichkeiten im Einmündungsbereich besser und die Ein- und Ausfahrt in den Hauptast der Straße sichtbar gemacht werden. Gegen diese Alternative spricht, dass derartige Kennzeichnungen vorgeschriebene Halt- oder Parkverbote kennzeichnen, verlängern oder verkürzen. Ein solches Halte- oder Parkverbot besteht an dieser Stelle bislang nicht.

Als zweite Alternative wäre denkbar, beginnend 5 m vor der Einmündung der beiden Parkplätze neben dem Haus 18/20 der Bergseite bis zum Ausbauende in nördlicher Richtung ein Parkverbot anzuordnen. Damit würden gerade in dem besonders strittigen Bereich die notwendigen Bewegungsflächen für jedermann sichtbar freigehalten werden.

Im Zuge des vorangegangenen Ortstermins konnten sich die Ortsbeiratsmitglieder davon überzeugen, dass die Anlieger im südlichen Bereich so parken, dass auch größere Fahrzeuge problemlos passieren können. Diese Parkflächen wären bei der Anordnung einer verkehrsberuhigten Zone im Bestand gefährdet.

Der Vorsitzende wies auf Anfrage darauf hin, dass für die Verwaltung ohne eine Stellplatzmarkierung eine rechtlich wirksame Sanktionierung nicht möglich ist. Die

freizuhaltende Fahrbahnfläche mit einer Breite von mind. 3,05 m (2,75 m Fahrzeugbreite zzgl. beidseitigen Sicherheitsabstand von je 0,15 m) ist ohne Markierung nicht eindeutig erkennbar.

Nach eingehender Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Variante 2 umzusetzen. Der Vorschlag einer verkehrsberuhigten Zone wird abgelehnt.

Der Beschluss ergeht einstimmig mit 11 ja-Stimmen ohne Enthaltung.

TOP 3b: Bürgerantrag zur Öffnung einer Einfriedung, Einziehung eines Parkplatzes

Da mit dem Sachverhalt eine personengebundene Diskussion verbunden ist, wird die Beratung und Beschlussfassung auf Antrag einstimmig in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung verschoben.

Nach der Beschlussfassung nimmt Christa Reinartz-Uhrmacher wieder an der Sitzung teil.

TOP 3c: Antrag auf zeitliche Verlängerung der Parkraumbewirtschaftung in der Hauptstraße, Bereich Marktplatz

Der Vorsitzende leitet in die Darstellung des Sachverhalts zu dem Tagesordnungspunkt ein. Vor der Beratung und Beschlussfassung übergibt er an seine Stellvertreterin Angela Linden-Berresheim und rückt vom Sitzungstisch ab.

Die Unterzeichner des Antrages schlagen vor, die zeitlich begrenzten Parkzeiten auf den innerörtlichen Parkflächen, insbesondere entlang der Hauptstraße zwischen Mariengasse bis Pützgasse auf 22:00 Uhr zu verlängern. Damit versprechen sie sich eine Erleichterung insbes. für auswärtige Gäste der Oberwinterer Gastronomie.

Auf Vorschlag von Thomas Nuhn wird die weitere Beratung vertagt, um die Entscheidung in einem Parkraumkonzept für den Oberwinterer Ortskern zu treffen.

Beschluss:

vertagt

mehrfach beschlossen

Zu Punkt 4 - Vorschläge für den Haushaltsplanentwurf 2015 -

Protokoll: Die Ortsbeiratsmitglieder CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FBL und SPD haben bereits im Vorfeld der Sitzung ihre Vorschläge dem Vorsitzenden mitgeteilt. Diese Vorschläge werden nunmehr mündlich vorgetragen und sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach kurzer Aussprache ergeht hierauf aufbauend folgender

Beschluss: Der Ortsbeirat schlägt folgende Prioritätenliste vor:

- 1. Planungsmittel Bahnhof Oberwinter
- 2. Beleuchtung des Rad-/Gehwegs entlang Hafen
- Sanierung Hahnsberg, ggf. abschnittsweise Instandsetzung, Priorität Treppen/Podeste/Geländer
- 4. Blumenkübel

Ohne weitere Prioriät wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen (alphabetische Nennung):

- Bouleplatz in Rolandseck (neben dem Spiel- und Bolzplatz)
- Bügerpreis Ehrenamt zur Anerkennung privaten Engagements
- Friedhof Oberwinter, Handläufe instandsetzen / erneuern
- Hochwasserleitdamm Oberwinter, Wegesanierung
- Hochwasserschutz oberes Bandorfer Tal, Planungskosten
- Ortseingangsschild mit Einschüben zu aktuellen Veranstaltungen in Oberwinter
- Parkraumkonzept (Planungskosten)
- Schulhof, Boxen für die Mülltonnen
- neue und größere Sport- & Veranstaltungshalle für die nördlichen Ortsteile (Investitionsplan)
- **Trauerhalle**, Neubau (Investitionsplan)
- Turnhalle, Sanierung Zugang vom ehem. Hausmeistergebäude

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 5 - Rückbau der öffentlichen Telefonstelle "Bonner Straße" -

Protokoll: Zu diesem neu aufgenommenen Beratungspunkt gibt der Vorsitzende ein Scheiben der Telekom (Telekom Placement Services, Business Projects, Koblenz, vom 21.05.2014) bekannt. Darin stellt die Telekom fest, dass sich durch die bestehende Vollversorgung mit Telefonanschlüssen im Festnetz und den Ausbaustand in den Mobilfunknetzen das Telefonierverhalten der Bürger stark verändert hat. Diese Versorgungsstandards ist die Nutzung der öffentlichen Telefonstellen stark zurückgegangen mit der Folge, dass der Betrieb vieler Einrichtungen unwirtschaftlich geworden ist. Im Ortsbezirk Oberwinter ist hiervon die Telefonstelle "Bonner Straße" in Höhe der ehemaligen Post betroffen. Nach Angaben der Telekom ist ein monatlicher Umsatz von 100 € erforderlich, um die Kosten einer solchen Einrichtung zu decken; die Einnahmen in Oberwinter betragen rund 58 €.

Beschluss:

Der Ortsbeirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, bittet die Verwaltung jedoch, sich für den Erhalt der Anlage einzusetzen.

Der Beschluss ergeht einstimmig ohne Enthaltung

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 6 – Mitteilungen und Anfragen –

Protokoll:

6-01 Verkehrsspiegel Bundesstraße / Pfarrer-Sachsse-Straße

Zu diesem Punkt nimmt der Bürgermeister Stellung. Er geht hierzu auf den bisherigen Ablauf zu dem Spiegel ein. Vor 3 Jahren wurde dieser im Zusammenhang mit der Verkehrsschau erstmalig unter den Fachleuten diskutiert. Die Verkehrsschau ist ein regelmäßig alle zwei Jahre stattfindendes Treffen der Verkehrsexperten, an der neben Mitarbeitern der Stadtverwaltung, den Ortsvorstehern und weiteren Vertretern der Politik nehmen auch Vertreter der Polizei und der Straßenbaubehörden des Landes (Landesbetrieb Mobilität, LBM, als Baulastträger für die Bundes- und Landesstraßen) sowie der Kreisverwaltung (für die Kreisstraßen) teilnehmen. Fester Bestandteil einer Verkehrsschau ist stets eine Rundfahrt durch die Stadt mit Ortsterminen an den zur Beratung anstehenden Stellen. Auf Anregung der Polizei und des LBM wurde der Verkehrsspiegel an der Einmündung der Pfarrer-Sachsse-Straße in die B9 abgebaut. Diese Behörden legten im Rahmen der Verkehrsschau dar, dass der Spiegel zu einer verzerrten Wahrnehmung von Geschwindigkeit und Entfernung führt, und damit einen Gefahrenpunkt darstellt.

Nicht zuletzt auf Wunsch mehrerer Bürger erfolgte Mitte 2013 eine neuerliche Beratung im Ortsbeirat über einen Wiederaufbau des 2012 demontierten Verkehrsspiegels. Die Verwaltung prüfte einen Wiederaufbau und hörte hierzu auch den LBM sowie die Polizei. Die Verwaltung war geneigt, dem Wunsch des Ortes letztlich zu folgen und den Spiegel wieder aufzustellen. In die auch im Ortsbeirat noch laufenden Beratungen zu diesem Thema erschien jedoch ein Presseartikel der Polizeiinspekti-

on Remagen (vgl. Anlage). Darin wurde die Bedeutung eines Spiegels für die Sicherheit des Verkehrs ebenso in Frage gestellt wie die Zuständigkeit des Ortsbeirates. Ein Spiegel stellt nach der StVO keine Verkehrseinrichtung dar und fällt nach der Remagener Hauptsatzung somit nicht in die Zuständigkeit des Ortsbeirates. Die Verantwortung obliegt folglich ausschließlich der Verwaltung und damit insbesondere bei Haftungsfragen dem Bürgermeister. Um letzte fachliche Zweifelsfragen zu klären, wurde von der Verwaltung eine verkehrstechnische Stellungnahme beauftragt. Das Fachbüro "Verkehrskonzept" aus Aachen (vgl. Anlage) kam in seiner Expertise zu der gleichen Schlussfolgerung wie die Polizei. Da sich nunmehr sowohl die Polizei wie auch das Fachbüro gegen einen Verkehrsspiegel ausgesprochen hatten, konnte der Bürgermeister aus Haftungsgründen den Beschluss des Ortsbeirates zum Wiederaufbau des Verkehrsspiegels nicht umsetzen. Anderenfalls hätte ein Unfallgeschädigter unter Verweis auf die öffentlich bekannte Position der Polizei wie auch auf das Fachgutachen zur Begleichung von Ersatzansprüchen den Bürgermeister haftbar machen können.

Die Entscheidung über die auch vom Fachplaner vorgeschlagene Alternative, ein Rechtsabbiegegebot festzusetzen oder aber eine unechte Einbahnstraße¹ einzurichten, obliegt als Verkehrsregelung hingegen der Zuständigkeit des Ortsbeirates.

Der Ortsbeirat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters wie auch seine Entscheidung, den Verkehrsspiegel nicht mehr anzubringen, zur Kenntnis. Herr Dr. Behnke erkundigt sich zuvor, ob es seit dem Abbau des Spiegels zu einer Häufung von Unfällen gekommen sei. Dies wird verneint (vgl. hierzu auch die Niederschriften vom 03.07.2013 TOP 4.04 nichtöffentlich, vom 23.10.2013, TOP 4.04 nichtöffentlich, die nachstehend wiedergegeben werden).

Auszug aus der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 03.07.2013

TOP 04.04 Nach der Demontage des Verkehrsspiegels an der Ausfahrt der Pfarrer-Sachsse-Straße auf die B9 hat der Vorsitzende Kontakt mit der Polizei aufgenommen, um sich über die Entwicklung der Unfallzahlen zu informieren. Nach Aussage der Polizei wurden dort nach der Entfernung bislang 3 Unfälle registriert, die im wesentlichen auf Abbiegefehler zurückzuführen waren. Als Unfallschwerpunkt wird die Einmündung nicht eingestuft. In ihrer Korrespondenz mit dem Ortsvorsteher schlägt die Polizei vor, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit weitere Änderungen vorzunehmen. Dies könne durch eine Beschränkung des Abbiegens nur noch in südliche Richtung (Unkelbach, Remagen) geschehen oder durch die Einrichtung einer (unechten) Einbahnstraße¹ geschehen.

Die Ordnungsverwaltung der Stadt wird vom Ortsvorsteher gebeten, zusammen mit der Polizei verschiedene Vorschläge zu erarbeiten und diese dem Ortsbeirat zur weiteren Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Eine "echte Einbahnstraße" erlaubt das Befahren der Straße nur in eine Richtung, hier von der B9 in Richtung Hauptstraße. Eine unechte Einbahnstraße hingegen lässt wie bisher den Gegenverkehr zu, unterbindet vorliegend aber die Ausfahrt unmittelbar auf die B9, unabhängig von der weiteren Fahrtrichtung. Die Pfarrer-Sachsse-Straße könnte in beiden Fällen nur über die Hauptstraße verlassen werden.

Auszug aus der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 23.10.2013

TOP 04.04 Jürgen Heno fragt an, ob es bedingt durch den jüngsten Unfall an der Einmündung Pfarrer-Sachsse-Straße auf die B9 zu offiziellen Reaktionen gekommen ist.

Eine unechte Einbahnstraße lässt die Einfahrt von der B9 in die Pfarrer-Sachsse-Straße zu, nicht aber in umgekehrter Fahrtrichtung die Ausfahrt von der Pfarrer-Sachsse-Straße auf die B9

Der Vorsitzende wollte hierzu im Rahmen seiner Mitteilungen ohnehin informieren. Gemeinsam mit der Polizei und der Ordnungsverwaltung wurden bereits erste Überlegungen über mögliche Anpassungen vorgenommen. Vorgeschlagen wurde in diesem Zusammenhang eine Änderung der Verkehrsführung in der Pfarrer-Sachsse-Straße, entweder in Form einer echten oder einer unechten Einbahnstraße. Während bei einer echten Einbahnstraße das Befahren der Straße nur noch in Richtung Hauptstraße möglich sein würde, unterbindet eine unechte Einbahnstraße lediglich die Ausfahrt auf die B9, während die Straße im Übrigen in beide Richtungen befahrbar bliebe. Die Busbetriebe wurden in diese Abstimmung bereits einbezogen und erklärten ihre grundsätzliche Zustimmung.

Als weitere Variante kommt nach Meinung des Vorsitzenden eine Beschränkung der Ausfahrt auf die B9 nur noch in Richtung Remagen in Frage.

Auf Rückfrage teilte die Polizei dem Ortsvorsteher mit, dass es im Jahr 2012 an der B9 zu insgesamt 3 Unfällen gekommen ist. 2 Unfälle zählen als Abbiegeunfall, einer als Vorfahrtsunfall. In diesem Jahr hat die Polizei bereits 5 Unfälle gezählt, von denen vier als Abbiegeunfall einzustufen sind, ein weiterer als Auffahrunfall.

Nach Auffassung des LBM würde sich die Unfallgefahr vermindern, wenn sich die Autofahrer an die vorgegebene zulässige Geschwindigkeit (50 km/h) halten würden. Dies könne der LBM jedoch nicht überprüfen, vielmehr obliegt die Verkehrsüberwachung der Polizei. Diese wiederum sieht sich wegen unzureichender zeitlicher wie personeller Ressourcen außer Stande, regelmäßige Kontrollen durchzuführen.

Obwohl das Thema unter dem Tagesordnungspunkt "Mitteilungen und Anfragen" aufgerufen ist, entsteht eine ausführliche Diskussion. Hierin werden die Vor- und Nachteile der vorgeschlagenen Alternativen ausgiebig erörtert (Anliegerverkehr, Umwegfahrten, Verlagerung des Verkehrs auf enge Altstadtstraßen, verstärktes Befahren der Hauptstraße und deren Kopfsteinpflaster). Die meisten Mitglieder des Ortsbeirates vertreten die Auffassung, dass mögliche Maßnahmen auf die Bundesstraße selbst zu beschränken sind. Dies betrifft insbes. die Einhaltung der zulässigen Geschwindigkeit, die ggf. durch sog. Starenkästen zu überprüfen ist. Die Verwaltung möge in dieser Hinsicht die rechtlichen Gegebenheiten prüfen.

Zusammenfassend zeichnet sich folgendes Meinungsbild ab:

- 1. die Pfarrer-Sachsse-Straße soll weder als echte, noch als unechte Einbahnstraße eingerichtet werden;
- 2. mit den zuständigen Stellen ist Kontakt aufzunehmen und zu prüfen, ob das Aufstellen sog. "Starenkästen" realisierbar ist;
- 3. der Verkehrsspiegel ist wieder aufzubauen
- 4. von der Pfarrer-Sachsse-Straße aus auf die Bundesstraße ist die Abbiegemöglichkeit auf ein Rechtsabbiegen in Fahrtrichtung Unkelstein / Remagen zu beschränken.

6-02 Straßenmarkierungsarbeiten

Zusammen mit den Mitarbeitern des Ordnungsamtes hat der Ortsvorsteher am 08.07.2014 in Oberwinter verschiedene Stellen besichtigt, an denen eine vorhandene Straßenmarkierung zu erneuern ist oder an denen eine neue Markierung aufgebracht werden soll.

So ist vorgesehen, dass auf Wunsch der Anlieger an den beiden Einfahrten auf die alte B9 jeweils ein Piktogramm "zulässige Geschwindigkeit 30 km/h" aufgemalt werden soll.

Am Hahnsberg werden im Bereich des Stellwerks die Sperrflächen erneuert, zusätzlich wird am Beginn des Hahnsbergweges ein Durchfahrtverbotsschild aufgehängt (oben am Rheinblick ist der Weg bereits als Gehweg beschildert).

An der Kreuzung Westerwaldweg / Siebengebirgsweg werden ebenso wie vor dem Hotel Birgeler Kopf und Am Erlenbrunnen gegenüber dem Haus Züllighoven die Sperrflächen erneuert bzw. erstmalig angebracht.

Am Heideweg wird die Haltelinie erneuert, im Umfeld des Bandorfer Kreisels die gesamte Fahrbahnmarkierung.

In der Hauptstraße schließlich werden im Umfeld des Bahnhofs die Tempo-30-Schilder auf der Fahrbahn erneuert, ebenso die im südlichen Abschnitt der Straße vorhandenen Parktaschen.

6-03 Martinsausschuss

Nach kurzer Aussprache werden folgende Mitglieder des Ortsbeirates in den Martinsausschuss delegiert: Jürgen Walbröl, Dr. Markus Behnke, Iris Loosen, Norbert Matthias

6-04 Kirmes 2014

Der Vorsitzende erinnert daran, dass am Wochenende des 08.08. bis einschließlich 11.08. die diesjährige Kirmes stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um Uhr.

Remagen, den 22.09.2014

Der Vorsitzende Schriftführer/in

Norbert Matthias Ortsvorsteher Peter Günther